



Ergebnisdokumentation des Bürgerdialogs zu Europa in Rastatt

09.06.2018

I. Allgemein

Am 09. Juni 2018 kamen rund 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus Rastatt in der BadnerHalle für einen Vormittag zusammen, um im Rahmen des Europadialogs des Landes Baden-Württemberg ihre Meinungen zu Europa einzubringen und gemeinsam Ideen für die zukünftige Gestaltung der EU zu entwickeln. Eingeladen hatte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Eler und Herr Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch. Geleitet und moderiert wurde der Dialog von der IFOK GmbH.

II. Leitsätze der Bürgerinnen und Bürger

Bei ihrem Ankommen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, die Leitsätze „Wenn ich EU höre, denke ich an...“ und „Meine EU braucht in Zukunft...“ zu vervollständigen. Die Sammlung dieser ersten Abfrage spiegelt die individuellen Einstellungen, Assoziationen und persönlichen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger wider.

Meine EU braucht in Zukunft...

- Weniger Bürokratie und sinnlose Verordnungen.
- Keine neuen Mitgliedstaaten.
- Sicherheit und Bildungschancen.
- Eine Zukunftsvision hin zu Einigkeit & Größe.
- Kontakte auf allen Ebenen, Vertrauen.
- Gerechtigkeit und Gleichbehandlung.
- Besserer Zusammenhalt zwischen den EU-Ländern, mehr Einigkeit.
- Klare Gesetze, striktere Regelungen, konsequentere Durchsetzung von Themen.
- Leute, Politiker, Arbeiter, Frauen, Männer, die was bewegen und nicht nur reden.
- Mehr Gleichheit zwischen den EU-Ländern.
- Gute und starke Führung.
- Mehr Toleranz, mehr soziale Gerechtigkeit.
- Eine vom Volk gewählte Regierung.
- Mehr Zusammenarbeit auf allen Ebenen, gemeinsame Politik.
- Mehr Solidarität und Zusammenhalt.
- Wirtschaftlich Schwächeren helfen, ohne den Stärkeren stark zu schaden.
- Mehr Bürgerbeteiligung in den EU-Staaten für EU-Entscheidungen.

Wenn ich EU höre, denke ich an...

- Uneinigkeit, ein Dahintreiben.
- Chaos, Probleme, Krieg, Ungerechtigkeit.
- Einheitliche Währung, einfachere Ein- und Ausreise in andere EU-Länder, Wegfall der Roaminggebühren, stärkere Wirtschaft.
- Mehr Nehmen als Geben.
- Eine Gemeinschaft, die sich den Frieden zum Ziel gesetzt hat, die Grenzen überwindet und durch die Gemeinsamkeit auch strategische Stärke und Wirtschaftskraft erlangt.
- Mehr Engagement, denn zurzeit findet ein gewisses Abbröckeln statt.
- Solidarität, Humanität, Zusammenhalt, Bündnis gegen Kriege und gegenseitige Unterstützung in Krisensituationen, Stärke, Unterstützung gemeinsamer Werte, zu diesen Werten sollen wir wieder zurückkehren und neu definieren, sodass die Zusammenarbeit und die Lösungen der EU sich verbessern.
- Wertegemeinschaft, Freiheiten im Handel, des Kapitals, des Wohnstandorts.
- Einen persönlichen Frieden, weil Länder, die voneinander abhängig sind, aufeinander

- Mehr direktdemokratische Instrumente und mehr Abgeordnete, die in erster Linie ihre Arbeit tun.
- Bessere Verteilung der Verantwortung und Gelder innerhalb der EU.
- Bessere Lösungsvorschläge in der Flüchtlingspolitik und alle EU-Staaten sollen daran aktiv mitwirken.
- Bessere Kommunikation zwischen EU und Bürgern.
- Bessere Kontrolle an den EU-Grenzen, gemeinsame Migrationspolitik mit gerechter Aufteilung, mehr Schutz und gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus.
- Weiterhin auf gemeinsame Werte EU bestehen, ohne sich vom Populismus unterkriegen zu lassen.
- Alle Mitgliedstaaten haben alle die gleichen Voraussetzungen, außer der Sprache natürlich.
- Besseren / mehr Umweltschutz.
- Mehr nachhaltiges Denken, Bürgernähe und Einheit, Mut, Gerechtigkeit, Einheit in Grundsätzen.
- Sicherheit und mehr Hilfe, damit wir in Europa leben können.
- Ein konkretes Bild als Ziel, das mehr beworben wird basierend auf demokratischen Werten, Zusammenschluss auf sozialer, Verteidigungs- (auch Grenzschutz), Bildung, Finanzen, Wirtschaft, etc. Mit klaren Konsequenzen, mehr Gewicht im Weltgeschehen durch einheitliche politische Strategie.
- Mehr Krisenlösungen (Asylpolitik, Kriege, mehr Frieden in und um uns herum).
- Mehr Wissen der Bürger, bessere Informationen.
- Abbau von Vorurteilen.
- Grenzübergreifende Programme.
- Transparenz von EU-Vorgängen.
- Gemeinsame Lohn- und Steueruntergrenzen, Fahrplan in Richtung europäischen Staat, einheitliche Außenpolitik, Verdrängung von nationalen Leitbildern durch europäische.
- Kraft.
- Mehr Akzeptanz, Respekt, Austausch, insbesondere mehr Jugendaustausch in Bildung, angewiesen sind anstatt sich zu bekriegen.
- Offene Grenzen, eigene Identität von Europa, Solidarität.
- Schulden.
- Freihandel, eine gemeinsame Identität, offene Grenzen, den wachsenden Populismus.
- Bürokratie, sinnlose Gesetze, Verschleuderung von Steuergeldern, keine Einheit.
- Prozesse der Bürokratisierung, Standardisierung und Normierung (rechtlich etc.) ohne Rücksicht auf nationale oder lokale Realitäten.
- Gemeinsam, zusammen, wir, jedem alles recht machen wollen.
- Demokratie, Freiheit, Sicherheit.
- Große Chancen für alle Bürger, gemeinsame Währung, Bereicherung durch Sprachen und Kulturen.
- Bessere Zukunft für junge Generation.
- Gemeinschaft, Freiheit, Zusammenhalt, Gleichberechtigung und Demokratie.
- Schengenraum, Englisch als Kommunikationsbasis, Blockaden durch Nationalinteressen.
- Gerechtigkeit, Respekt. Hilfe für viele Menschen.
- Einigkeit, Bildung, Gleichberechtigung von Mann und Frau (gleiche Bezahlung).
- Frieden, Freiheit, mehr lachende Kinder.
- Schwere Wege zur Einigkeit, viel Disput, wenig konstruktives Mitarbeiten, fehlendes Bewerben eines demokratischen Bildes und Ziele für Europa.
- Freundschaft, Kulturaustausch, wirtschaftlicher Austausch, Bildung, Lebensqualität.
- Zusammenhalt Europas und Demokratie für die Zukunft.
- Politisch / wirtschaftlich orientiert, zu wenig Miteinander, zu viele Unterschiede zwischen Ländern, zu wenig transparent, Rettungsmaßnahmen von überschuldeten Ländern.
- Viele Jahrzehnte Frieden, deutsch-französische Freundschaft.
- Die Rolle Europas in der Welt, einen riesigen

Sprachen, Kulturen.

- Anerkennung für Bildung / Berufe europaweit.
- Zulassung von Ländern, die aber auch die ähnlichen Standards halten können; keine Rettungsmaßnahmen von Ländern die wirtschaftliche überschuldet sind (Griechenland / Italien).
- Weniger Regulierung bis zur Marmelade.
- Eine stärkere Rolle auch als Gegenpol / Alternative zu den USA; mehr Selbstbewusstsein gegenüber anderen Staaten (USA, China).
- Mehr Integration, eine bessere Informationspolitik, faire Berichterstattung, mehr Besinnung auf die "Werte".
- Mehr Kompetenzen insbesondere in der Finanz-, Sozial- und Wehrpolitik, ein eigenes Budget aus eigenen Einnahmen, mehr Rechte für das Parlament, eine eigene demokratisch gewählte Regierung.

bürokratischen Apparat, an vielen Abgeordneten.

- Den Verbund der Länder, Freiheit und Frieden, viele Jahre Zusammenhalt, Solidarität, Toleranz.
- Freie Kommunikation, Völkerverständigung, gemeinsame Kulturen.
- Demokratie, Umweltschutz, Landwirtschaft.

III. Themen

Die Diskussionsthemen waren vorab nicht festgelegt, sondern kamen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst. Die Themen und Fragen, die den Bürgerinnen und Bürgern am wichtigsten waren, wurden zunächst in Kleingruppen gesammelt, diskutiert und priorisiert sowie anschließend von der Moderation geclustert. Dabei konnten sechs Themenkomplexe identifiziert werden. Jedes Thema wurde daraufhin einem Tisch zugeteilt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich den Thementischen frei zuordnen und das Thema diskutieren, das ihnen besonders wichtig war. Die Aufgabe an den Thementischen bestand zunächst darin, entlang der zwei Leitfragen „Was ich an der EU schätze“ und „Was ich an der EU nicht schätze“ in die Diskussion einzusteigen und ein Meinungsbild des Status Quo zu erstellen. Auf dieser Grundlage erfolgte im nächsten Schritt die Entwicklung von Ideen für die zukünftige Gestaltung Europas. Zwei Ideen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der ersten Runde anhand eines Schemas konkretisiert. In einer zweiten Runde hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, ihren Tisch zu wechseln und sich bei einem weiteren Thema einzubringen. Die neue Gruppe konnte das Meinungsbild ergänzen, neue Ideen entwickeln und zwei weitere Ideen konkretisieren. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Diskussionstische zu den Themen dargestellt.

Thema Bildung

Meinungsbild Status Quo

- Geschätzt wird die erleichterte Mobilität für junge Leute und BA- und MA-Standards, die das Studieren weltweit ermöglichen. Positiv gesehen wird auch die Förderung von Bildungsinitiativen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen, für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende. Insbesondere das Erasmusprogramm ermöglicht den interkulturellen Austausch und Begegnungen.
- Kritisch gesehen wird, dass Bildungsabschlüsse in Europa nicht gleichgestellt sind und es noch zu wenig Anpassung, wie bspw. eine grenzüberschreitende duale Ausbildung, gibt. EU-weit haben nicht alle die gleichen Bildungschancen. Über Bildungswege und -möglichkeiten wird nicht ausreichend informiert, die Wege sind oft auch zu kompliziert. Anschlussförderungen, z.B. nach der Ausbildung, fehlen gänzlich bzw. sind nicht bekannt. Negativ wahrgenommen wird außerdem, dass Sprachkompetenz als Schlüsselqualifikation für Bildung noch zu wenig berücksichtigt wird.

Ideen für die Zukunft der EU

- Gleichwertige Abschlüsse in verschiedenen Berufen: Ziel ist, dass es in jedem Land vergleichbare Standards auf allen Bildungsstufen gibt. Bildungswege müssten angepasst werden, um mehr Mobilität zu ermöglichen. Neben einer Grundausbildung sollte es verschiedene Bildungsmodule geben, um Kenntnisse zu erweitern – insbesondere auch mit Blick auf eine lebenslange Weiterbildung und Sprachkenntnisse, die einen Zugang ermöglichen und im Beruf weiter ausgebaut werden können. Erstellt werden müssten diese gemeinsamen Standards durch die Kommission und Bildungsexpertinnen und –experten .
- Mit einer verbesserten Europa-Präsenz in der Bevölkerung soll die Identifikation mit Europa gestärkt werden. Konkret könnten Informationsstellen für Bürgerinnen und Bürger (z.B. Europa-Bürgerbüros) eingerichtet werden, in denen Auskünfte erteilt und ggf. an weitere Stellen verwiesen werden kann. Wichtig ist zudem, dass Informationen bürgernah vermittelt werden.
- Kulturelle Bildung durch Interrail-Tickets ausbauen: Ziel der Idee ist, Europa erlebbar zu machen, eigene Erlebnisse und eine europäische Identität zu schaffen. Zudem können europäische Freundschaften und Netzwerke aufgebaut werden. Jeder 18jährige soll daher die Möglichkeit bekommen, ein Interrail-Ticket kostenlos anzufordern, welches er jedoch innerhalb von 3 Jahren nutzen muss. Neben der Unterstützung durch das Europäische Parlament bräuchte es ggf. auch nationale Büros für die Koordination und Ausgabe der Tickets.
- Sprache lernen und von Schulbildung entkoppeln: Damit Flüchtlingskinder über ausreichende Deutschkenntnisse für die Schule verfügen, sollte der Schwerpunkt auf der Erhöhung der Sprachkompetenz liegen, bevor sie eine Regelklasse besuchen. So können Bildungsstandards gesichert werden. Gewünscht wird eine EU-Richtlinie, die von Europa,

über die Mitgliedstaaten und Kultusministerien umgesetzt wird. Auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher sollten in die Umsetzung eingebunden werden.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

Muttersprachliche Lehrerinnen und Lehrer auf allen Ebenen, zeitgemäße Unterrichtsmittel, mehr Präsenz der EU-Abgeordneten (Wen wähle ich eigentlich?), grenzüberschreitenden Lehreraustausch, leichter Zugang zu Informationen, politische Bildung der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf Europa, kostenlose Angebote für Medienkompetenz europaweit, interkulturelle Weiterbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, Talente jenseits reiner Schulbildung fördern, Kooperationen zwischen Auszubildenden und Unternehmen fördern bzw. finanzieren, mehr Erasmus.

Thema Umwelt-/ Klima-/ Artenschutz

Meinungsbild Status Quo

- Positiv wird hier von den Bürgerinnen und Bürgern gesehen, dass es einheitliche Grenzwerte, z.B. für den CO₂-Ausstoß oder den Lärmschutz gibt. Die Flora-Fauna-Habitat Richtlinie leistet zudem einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz. Auch das wachsende Bewusstsein für Umwelt-, Klima- und Artenschutz in der EU wird geschätzt.
- Negativ gesehen wird insbesondere der Einfluss der Wirtschaft und ihrer Lobbygruppen bei EU-Regeln sowie die fehlende Berücksichtigung regionaler, wirtschaftlicher Besonderheiten. Kritisiert wird auch, dass Privatinvestitionen, z.B. in regenerativer Energie, nicht gefördert werden. Die Regulierung im Fall von Europaletten und Dieselnorm treffen auf mangelndes Verständnis.

Ideen für die Zukunft der EU

- Bürgerinformation: Um mehr Akzeptanz bei Umweltthemen zu erreichen, sollten mehr Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Dies würde auch mehr Transparenz ermöglichen, z.B. warum und wie Entscheidungen bei bestimmten Fragen getroffen werden. Wichtig ist dabei, früh anzufangen und das Umweltbewusstsein von Kindern zu stärken. Die Umsetzung muss vor Ort erfolgen, damit alle erreicht werden.
- Stärkere EU: Eine stärkere EU übernimmt eine Vorbildfunktion, sowohl innerhalb Europas als auch für andere (Beitritts-)Länder. Damit Regeln übernommen und eingehalten werden, muss der Wirkungsgrad der EU erhöht werden. Es gilt daher den Zusammenhalt zu stärken und Kompetenzen der Mitgliedstaaten und Landesregierungen abzugeben.
- Schutz der lebenswichtigen Ressourcen: Insbesondere Wasser muss grundsätzlich geschützt sein, um Lebensqualität zu erhalten. Wichtig ist dabei, die Zugänglichkeit und Qualität zu sichern. Schutzmechanismen z.B. für Luft und Wasser müssen durch Messwerte

greifen. Gefordert wird zudem eine stärkere Sensibilisierung, da bisherige Anstrengungen nicht reichen.

- Familienprogramm „Umweltbildung“: Mit diesem Programm soll das Bewusstsein für Umweltthemen vom Kindergarten bis zur Universität gefördert werden. Neben Fragen der Müllvermeidung und Aufklärung, was wie verpackt wird, soll auch die Kennzeichnung von Lebensmitteln verbessert werden. Eine kostenlose Müllentsorgung soll ebenso möglich werden, wie Besuche auf dem Bauernhof. Die Umsetzung müsste v.a. durch den Landkreis erfolgen.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

Überprüfung von Hygienevorschriften, positive Vermittlung von Veränderung, angrenzende EU-Länder einbeziehen, alternative Verpackungsmaterialien anbieten, Wasser als unveräußerliches Lebensgut festlegen.

Thema Handlungsfähigkeit der EU

Meinungsbild Status Quo

- Positiv bewertet wird hier der Verbraucherschutz, die Regulierung von Großkonzernen sowie die Förderung von wirtschaftlichem Aufbau.
- Negativ gesehen wird hingegen der Lobbyismus.

Ideen für die Zukunft der EU

- Mehr Freiheit für Privatpersonen: In der EU soll mehr Autonomie und Eigenverantwortung möglich sein. Dies gilt insbesondere für Selbstversorger, denen Ausnahmeregelungen gewährt werden sollen. Durchgesetzt werden müsste dies auf europäischer und nationaler Ebene.
- Verbraucher stärken: Durch mehr (früh)kindliche Erziehung sollen schon Kinder über die Themen Kaufverhalten und Ernährung aufgeklärt werden. Auch Schulfächer würde zur Stärkung von Verbrauchern und einer aktiven Diskussion beitragen. Leitfäden der EU könnten einen weiteren Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein dafür zu schärfen, was Leute kaufen. Die Umsetzung wird sowohl auf Ebene der EU als auch der Kommunen gesehen, damit es auch „durchsickert“.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

Steuergerechtigkeit, Schutz kleinräumiger Strukturen.

Thema Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit

Meinungsbild Status Quo

- Geschätzt werden Errungenschaften der EU wie die gemeinsame Währung und die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen. Die offenen Grenzen und der gemeinsame Binnenraum werden positiv bewertet genauso wie der Frieden, der durch Handel geschaffen wurde.
- Kritisch gesehen werden die Überregulierung bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Unternehmen, übertriebene Umweltmaßnahmen und zu viel Bürokratie. Auch dass nur genormte Lebensmittel Zugang zum Markt erhalten und dass Strom- und Verkehrsnetze nicht zu gleichen Bedingungen zugänglich sind, wird negativ wahrgenommen. Nicht geschätzt werden die hohe Jugendarbeitslosigkeit, dass es immer Verliererinnen und Verlierer in der Geldpolitik der EU gibt sowie ein fehlender Mindestlohn für alle.

Ideen für die Zukunft der EU

- Einheitlicher Mindeststeuersatz für Unternehmen: Ziel der Idee ist die Herstellung von mehr Gerechtigkeit. Deshalb sollen Unternehmen ihre Steuern dort zahlen, wo produziert und verkauft wird. Möglich würde dies über eine einheitliche Steuernummer und eine zentrale europäische Steuererfassung. Der Unterschied zwischen Klein- und Großbetrieben soll dabei berücksichtigt werden, um keine unverhältnismäßige Bürokratie zu schaffen. Zur Umsetzung wird vorgeschlagen, den Europäischen Rat und das Europäische Parlament zusammenzulegen und paritätisch (50 / 50) zusammenzusetzen. Entscheidungen sollen nach dem Mehrheitsprinzip erfolgen, die Vetomöglichkeit eines einzelnen Mitgliedstaats soll abgeschafft werden.
- Langfristige Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: Ungleichheiten sollen abgeschafft und ein Europa ohne Hunger und Armut entstehen. Überall soll es sich gleich gut leben lassen. Migration würde dann nicht mehr erzwungen. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es Mindeststandards für soziale Leistungen und einen Finanzausgleich für Investitionen. Für die Umsetzung wird wie in der obigen Idee die paritätische Zusammenlegung von Europäischem Rat und Parlament vorgeschlagen.
- Förderung von Bildung: Bildung ist der Grundstein für die Wirtschaft und die Basis, um zu wachsen und sich weiterzuentwickeln. Es braucht einheitliche Bildungsstandards, um überall in der EU einen Beruf ausüben zu können. Es sollten in jeder Schule in allen Mitgliedstaaten die gleichen Grundkenntnisse vermittelt werden.
- Direkt vom Parlament gewählte Europäische Regierung: Mit einer durch das Europäische Parlament gewählten Europäischen Regierung wird die Demokratie in der EU gestärkt und der Wille der Bürgerinnen und Bürger stärker deutlich. Eine solche Entwicklung in Richtung Bundesstaat würde die Staaten näher zusammenbringen und die EU stärker an die europäischen Bürgerinnen und Bürger binden. Das Europäische Parlament würde hierfür mehr Befugnisse benötigen.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

Einheitliche Mautgebühren, Entwicklung eines Staaten-Finanzausgleichs, Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit, Vereinheitlichung (z.B. Pfandregelung), gemeinsame Standards.

Thema Europa in der Welt

Meinungsbild Status Quo

- Besonders geschätzt wird an der EU die gemeinsame Stärke durch die „Größe“ Europas in der Welt, die kulturelle Vielfalt sowie der Austausch der Kulturen durch Handel und Personenfreizügigkeit. Positiv gesehen werden auch grenzüberschreitende Institutionen wie ein Museumspass und die gemeinsame Währung.
- Negativ wahrgenommen wird, dass die europäische Identitätsbildung die nationale Kulturempfindung beeinträchtigt. Kritisch gesehen wird auch, dass es keine gemeinsame Strategie im Umgang mit nichtchristlichen Kulturen gibt, ebenso wie eine übertriebene Toleranz gegenüber allem.

Ideen für die Zukunft der EU

- Gemeinsame Armee und Sicherheitspolitik für Europa: Ziel dieser Idee ist die Friedenssicherung, der Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger und der EU insgesamt, eine Senkung der Gesamtausgaben für Verteidigung sowie eine erhöhte Effizienz bei der Polizeiarbeit und der Armee. Konkret müsste Europol gestärkt und Mittel für den Informationsaustausch und Datenabgleich geschaffen werden. Ein neu geschaffenes Europäisches Ministerium für Verteidigung könnte in einem gewissen Rahmen Entscheidungen für die EU treffen und Verantwortung übernehmen. Dafür müssten nationale Kompetenzen abgegeben und ein Verfahren für innereuropäische Absprachen entwickelt werden. Zur Umsetzung dieser Idee müsste jeder Mitgliedstaat zustimmen und die Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum abstimmen.
- EU-Minister für Verteidigung, Wirtschaft, Kultur und Außenpolitik: Durch die Einrichtung eines entsprechenden EU-Ministeriums mit Entscheidungsgewalt würde die EU in internationalen Debatten ein gemeinsames Auftreten und eine starke Stimme in der Welt erhalten. Dieses einheitliche Auftreten würde dazu beitragen, den Frieden zu sichern und die Akzeptanz des Kontinents Europa erhöhen. Zur Umsetzung dieser Idee müssten die Mitgliedstaaten nationale Kompetenzen abgeben. Strukturen müssten auf EU-Ebene geschaffen werden, von den Mitgliedstaaten legitimiert werden.
- Europäisches Selbstvertrauen stärken: Das Europäische Modell soll als Vorbild nach außen und in die Welt getragen werden. Die Europäerinnen und Europäer sollen stolz auf Europa sein, ein stärkeres Europäisches Selbstbewusstsein würde auch den Abspaltungstendenzen entgegenwirken. Technologie und Innovation aus Europa muss langfristig geschützt werden – ohne sich von der Welt abzuschotten. Durch eine Marketingstrategie sollen Erfolge daher

positiv dargestellt werden. Informationsmaterial über die EU muss attraktiv für Bürgerinnen und Bürger aufbereitet sein, damit es auch angenommen wird.

- Europäische Identität und Zusammenhalt in Europa stärken: Auch bei dieser Idee geht es darum, Freude zu entwickeln, Europäer zu sein und seine Europäische Identität stärker nach außen zu tragen. Ein stärkerer Zusammenhalt könnte über Kontakte und Austauschmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen Lebensbereichen erreicht werden. Auch das freie Interrail-Ticket für Jugendliche sollte ausgeweitet werden. Für die Umsetzung ist jede EU-Bürgerin und jeder EU Bürger gefragt.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

„Europa der Vaterländer“, EU-Botschaften ausbauen als Vertretung für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger Europäisches Selbstbewusstsein stärken, Hat Europa noch eine Zukunft?, stärkeres Einhalten und Vertreten der europäischen Werte nach Innen und Außen, „Vereinigte Staaten von Europa“ nach dem Subsidiaritätsprinzip.

Thema Migration und Grenzen

Meinungsbild Status Quo

- Positiv gesehen wird die Willkommenskultur, Hilfsbereitschaft, Toleranz und humanistische Tradition sowie die Aufnahmepolitik in der EU.
- Negativ gesehen wird das logistische Problem in der Flüchtlingspolitik, mangelnde Kontrolle sowie fehlende bzw. zu wenige Bildungseinrichtung / KITAS / Kitaplätze. Keine Lösungen für Umsetzungen, keine einheitlichen Regelungen und die mangelnde bzw. verweigernde Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen wird ebenso kritisiert wie der fehlende Mut „Nein“ zu sagen.

Ideen für die Zukunft der EU

- Einheitliche Gesetze in Europa zur Flüchtlingspolitik: In allen Ländern der EU sollten gleiche Rechte für Flüchtlinge gelten, wie z.B. beim Anspruch auf Sozialleistungen, der Voraussetzungen zur Unterbringung oder der Angebote im Sinne des Förderns und Forderns. Dies würde gleichen Schutz und gleiche Verteilung von Flüchtlingen ermöglichen. Benötigt wird hierfür eine bessere Zusammenarbeit in der EU sowie die Umsetzung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten.
- Mehr Hilfe vor Ort in den Flüchtlingslagern: Flüchtlingsländer sollen mehr Unterstützung erfahren, um vor Ort Schutz gewährleisten zu können. Notwendig sind hierfür strukturelle Förderungen in den Flüchtlingsländern sowie die Bereitschaft aller EU-Mitgliedstaaten.
- Einwanderungsgesetz: Mit einem Einwanderungsgesetz würde eine geregelte und kontrollierte Einwanderung für jede Person möglich, was zugleich Planbarkeit für die EU-

Staaten und ihre Verwaltungen bedeutet. Ein weiteres Ziel, das damit erreicht werden könnte, ist eine verantwortungsvolle Unterbringung und weitere Betreuung von Flüchtlingen bzw. Einwanderern. Zur Umsetzung braucht es einen Kompromiss der Mitgliedstaaten, den Europäischen Rat und das Europäische Parlament.

- Entwicklungshilfe / Wiederaufbau: Jeder Mensch sollte in seinem Land ein würdevolles und auskömmliches Leben verwirklichen können. Entwicklungshilfe könnte insbesondere den Bereich der dualen Ausbildung unterstützen. Neben einer kontrollierten Finanzierung braucht es auch Zollerleichterungen und faire Handelsabkommen für Entwicklungsländer.

Weitere Ideen für die Zukunft der EU

Mehr dezentrale Unterbringungen, mehr Kontrolle, kein Vetorecht in Einwanderungsfragen, keine Schleuser.

IV. Fazit

In der engagierten und konstruktiven Diskussion zeigte sich insgesamt eine beeindruckend positive Grundstimmung gegenüber der EU, wenngleich auch deutliche Kritik geäußert wurde. Viele der Ideen, die von den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wurden, weisen in Richtung einer stärkeren EU, gemeinsamen Standards und Institutionen. Der Wunsch nach einer Europäischen Identität, die aktiver und bewusster nach außen getragen wird, wurde ebenso geäußert wie der Wunsch nach einer größeren Präsenz der EU vor Ort und besseren Informationen, damit Europa auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.